

(S+) Warnung des Thinktanks DGAP: Fehlende Chinastrategie gefährdet Europas Unternehmen

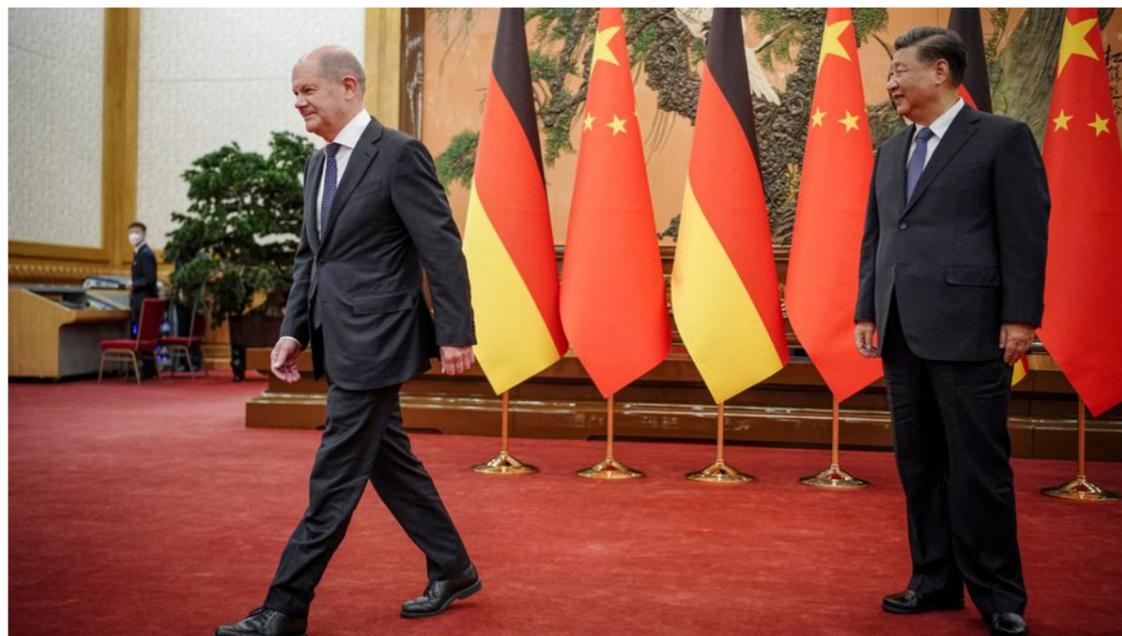
Michael Sauga, DER SPIEGEL

6–7 Minuten

Berliner Denkfabrik warnt Fehlende Chinastrategie gefährdet Europas Unternehmen

Die Chinapolitik in Deutschland und Europa ist widersprüchlich und unkoordiniert, kritisiert eine Berliner Denkfabrik. Sie fordert einen EU-Sicherheitsrat für die Wirtschaft und konkrete politische Vorgaben.

15.06.2023, 10.52 Uhr



Kanzler Olaf Scholz und Chinas Staatschef Xi Jinping in Peking:
»Kein Konsens, worin die Risiken bestehen«

Foto: Kay Nietfeld / AFP

Dieser Artikel gehört zum Angebot von SPIEGEL+. Sie können ihn auch ohne Abonnement lesen, weil er Ihnen geschenkt wurde.

Als die Bundesregierung dem chinesischen Staatskonzern Cosco kürzlich grünes Licht für seine Beteiligung an einem Terminal im Hamburger Hafen gab, fielen die Reaktionen in der Ampelkoalition gemischt aus. Während Kanzler [Olaf Scholz](#) (SPD) zufrieden feststellen durfte, dass er sich gegen ein halbes Dutzend Ministerien durchgesetzt hatte, waren die Grünen entsetzt. [Deutschland](#) müsse Pekings Investitionen künftig besser überwachen, befand Wirtschaftsminister [Robert Habeck](#) (Grüne).

Der Koalitionskrach um den Logistikmulti aus [Shanghai](#) zeigt, woran es nach Auffassung von Guntram Wolff in der deutschen und europäischen Chinapolitik hapert. »Es gibt keinen Konsens, worin die Risiken bestehen, und es fehlt an politischer Führung«, sagt der

Direktor der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP), einer renommierten Denkfabrik in [Berlin](#).

Den Chinahandel prägen nicht Politiker, sondern Firmen

An politischen Wortmeldungen zum Thema herrscht dagegen kein Mangel. Gestern erst legte die Bundesregierung [ihre neue Sicherheitsstrategie vor](#), in der es vor allem um China ging. Nächste Woche will die EU-Kommission ein ähnliches Konzept präsentieren. Und die westlichen G7-Staaten haben auf ihrem jüngsten Gipfel im japanischen Hiroshima beschlossen, ihre künftige Chinapolitik nach dem Prinzip der Gefahrenreduktion («Derisking») auszurichten. Nur sei es »ein weiter Weg«, um »von der politischen Erklärung zum unternehmerischen Handeln« zu gelangen, heißt es in einem Papier von Wolff und seinem DGAP-Kollegen Ole Spillner, das in diesen Tagen veröffentlicht wird.

Ausgangspunkt ihrer Analyse ist die Erkenntnis, dass die wirtschaftlichen Beziehungen mit der Volksrepublik nicht von Politikern, sondern von Firmen und Konsumenten gestaltet werden. Kein anderes Land liefert so viele Güter in die [Bundesrepublik](#) wie China, im Gegenzug unterhalten rund 5000 deutsche Unternehmen Filialen in der Volksrepublik. VW verkauft fast 40 Prozent seiner Neuwagen in [Peking](#) oder Shanghai, rund 20 Prozent der Anteile an Mercedes-Benz gehören chinesischen Investoren.

Zwar halten jüngste Studien das volkswirtschaftliche Risiko, das aus der engen Verflechtung resultiert, für überschaubar. Doch lieferten diese Analysen kein vollständiges Bild, warnen die Autoren. Zum einen seien die Einbußen, die bei einer Störung des deutsch-chinesischen Handels zu erwarten sind, anfangs größer als in späteren Jahren. Zum anderen würden viele Firmen auf Staatshilfe hoffen, falls die Volksrepublik ausfalle. Und schließlich könnten die Unternehmen kaum beurteilen, welche Sicherheitsrisiken mit ihrem China-Engagement verbunden sind. Der Schaden, der mit chinesischer Überwachungssoftware in deutschen Kommunikationsnetzen angerichtet werden könnte, mag den beteiligten Firmen gering erscheinen. Für die Regierung indes kann er erheblich sein.

»Es ist deshalb Aufgabe der Politik, die Risiken zu bestimmen und eine kohärente Strategie zu entwickeln«, sagt DGAP-Direktor Wolff. Genauso wichtig sei, die Konzepte »nicht für die nationale, sondern die europäische Ebene auszuarbeiten«.

Ein Sicherheitsrat für Europa

Aktuell würden beispielsweise chinesische Investitionen in einem EU-Land erlaubt, in einem anderen dagegen verboten. Dies führe zur »Zerstückelung« des europäischen Regelwerks und gefährde »den einheitlichen Binnenmarkt«, so die Studie. Die EU solle deshalb ein »Ökonomisches Sicherheitskomitee« schaffen, in dem Vertreter der Mitgliedstaaten sowie der Brüsseler Kommission

gemeinsame Schutzstrategien erarbeiten.

Kritik übt das Papier an den Maßnahmen, mit denen die EU in diesen Tagen die ökonomischen Abhängigkeiten von China zu verringern versucht. Die Vorgabe aus der jüngsten EU-Rohstoff-Richtlinie etwa, wonach kein Material zu mehr als 65 Prozent aus einem einzigen Lieferland stammen darf, werfe vor allem Fragen auf, so die Studie: »Gilt die Vorgabe für die Staaten oder für jede Firma? Und mit welchen Instrumenten wird sie umgesetzt?« Hier bräuchten die Unternehmen »präzise Vorgaben«, keine luftigen »Leitlinien«.

Ähnlich fragwürdig sei es, die Ansiedlung vermeintlich strategischer Industrien in [Europa](#) mit hohen Milliardenbeträgen zu fördern, ohne zuvor die Ziele festzulegen. Dies könne »Innovationen bremsen«, so die Studie, weil es »den Unternehmen den Kostendruck« nehme. Zudem komme es die Regierungen oft billiger, wenn sie die Verlagerung der Produktion in andere asiatische Länder förderten. Nötig sei deshalb eine »sorgfältige Kosten-Nutzen-Analyse« auf europäischer Ebene.

Dass Sicherheitsfragen in der Chinapolitik künftig eine größere Rolle spielen müssen, steht für die DGAP-Autoren indes außer Frage. »Allgemeine Warnungen reichen nicht aus«, sagt Wolff. »Was wir brauchen, sind konkrete politische Vorgaben, mit denen sich die ökonomische Zeitenwende beschleunigen lässt«.